

Den Neujahrsmorgen hatte sich Jan Reuter anders vorgestellt. Anstatt in den Pyrenäen Ski zu fahren, liegt er mit Fieber und einem Infekt in seinem Hotelbett. Und dann plopt eine Facebook-Nachricht auf seinem Mobiltelefon auf. Ein alter Freund meldet sich bei ihm: ob er auch von diesem Brief gehört habe.

Wenige Wochen später sitzt Jan Reuter mit anderen Leuten an einem konspirativen Ort in Berlin zusammen, die er noch nie in seinem Leben gesehen haben will. Er selbst ist ein schmaler junger Mann, Anfang 30, Beruf Historiker. Mit seinem blonden Seitenscheitel, der grünen Bundjacke und dem Rennrad fällt er in Berlin-Mitte nicht auf. An diesem Abend trifft er auf Antifa-Aktivisten und Bewohnerinnen von linken Hausprojekten. Außerdem sind einige Menschen mit bürgerlichen Biografien gekommen, die gar nicht in diese Szene passen wollen und sich wohl unbekannt fremd und verloren gefühlt haben müssen wie Reuter selbst. Vor langer Zeit hatte er einmal für eine linke Gruppe Straftaten von Neonazis in seinem Kiez dokumentiert, war jedoch nie linksradikal oder gar straffällig geworden. Schon über ein Jahrzehnt hatte Reuter überhaupt nichts mehr mit dem Milieu zu tun. »Das war wie ein Date mit meiner Vergangenheit«, sagt er über diese Begegnung.

Zusammengebracht hat diese unterschiedlichen Menschen ein Drohbrieff, der Ende Dezember 2017 an sechs Einrichtungen der linken Szene in Berlin versandt wurde. An eine Kneipe im besetzten Haus in der Rigaer Straße 94, an ein linkes Zentrum, an ein Hausprojekt im Wedding. Auf neun Seiten drohen die unbekannteren Autoren von einem »Zentrum für politische Korrektheit« damit, sensible Informationen von 42 Frauen und Männern an die rechtsradikale und vom Verfassungsschutz beobachtete Identitäre Bewegung weiterzugeben, an Neonazis der Autonomen Nationalisten oder schlicht »an Bullen«.

Einige der Informationen in den Drohbrieffen stammen aus Polizeidatenbanken

Einiges spricht dafür, dass Polizisten selbst diese Briefe versendet haben könnten – oder dass zumindest die darin enthaltenen Informationen aus Polizeidatenbanken gestohlen und weitergegeben wurden. Bewahrheitet sich dieser Verdacht, wäre das ein Polizeiskandal von einer besonderen Dimension. »So einen Fall hatten wir noch nie, dass der dringende Verdacht bestand, dass sensible personenbezogene Daten von der Polizei in die Öffentlichkeit gelang sein könnten, um für solche Zwecke missbraucht zu werden«, sagt Berlins oberste Datenschutzlerin Maja Smolczyk. Die bereits länger in Veruruf geratene Berliner Polizei müsste sich dann auch noch mit der Frage beschäftigen, ob innerhalb ihrer Behörde eine zwielichtige Gruppe entstanden ist, eine Polizei in der Polizei. Ein Beamter oder eine Gruppe Beamter könnten ihren Zugang zu Informationen ausgenutzt haben, um ihren eigenen Kampf zu führen. All dies ohne jede Kontrolle, ohne jedes rechtsstaatliche Prinzip.

Um deutlich zu machen, wie gut die Drohbrieff-Autoren informiert sind, listen sie in dem Erpresserscheiben nämlich seitenlang auf, auf welche Informationen sie Zugriff haben: Fotos von Personen aus dem amtlichen Melderegister, Namen, Adressen, Spitznamen. Bei einigen werden auch beliebte Reiseziele erwähnt, Haustiere und Krankheiten (»hat nen Hund und Hepatitis«). Der Drohbrieff, der der ZEIT im Original exklusiv vorliegt, ist in ruppigem Ton und in falscher Rechtschreibung verfasst. Personen werden darin als Polizeispitzel verdächtigt oder beleidigt (»sehr dünne Arme und ein großes Maul«). Man merkt den Verfälscher das Bemühen an, als szenekundig wahrgenommen zu werden.

Auch ihre Motivation für diese gefährliche Aktion nennen die Autoren: »Wir haben Euren Fahndungsauftrag sehr aufmerksam verfolgt.« Damit

beziehen sie sich wohl auf 54 Porträtfotos von Polizistinnen und Polizisten, die, nur vier Tage bevor die Drohbrieffe versandt wurden, auf dem linken Portal Indymedia veröffentlicht wurden. Die Fotos zeigen – nach Informationen von Insidern aus der Berliner Polizei – Beamte verschiedener Abteilungen, aber vor allem aus dem nahe gelegenen Revier in Friedrichshain und aus verschiedenen Hundertschaften der Polizei. Linke Aktivisten hatten die Einsatzkräfte bei einer Räumung des linken Zentrums in der Rigaer Straße in Berlin fotografiert. Die Veröffentlichung dieser Bilder der

Polizei als Drahtzieher hinter dem sogenannten Polizisten-Outing vermutet. Einige der Betroffenen haben sich früher einmal in Bündnissen gegen Rechtsradikalismus und Rassismus engagiert oder waren irgendwie im linken Spektrum unterwegs. Andere wohnen zufällig in dem als »Gefahrengebiet« eingestuften Kiez im Norden Friedrichshains. Eine Person saß wegen Landfriedensbruch im Gefängnis. Die allermeisten haben vorher noch nie etwas miteinander zu tun gehabt.

»Da sind Anarchisten darunter, Antifas, aber auch ein Sprayer«, sagt ein Betroffener, der bei

In Berlin werden Vertreter der linken Szene mit Briefen bedroht – hinter der anonymen Aktion könnten Polizisten stecken



In der Rigaer Straße kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und linken Aktivisten

Gesetzeshüter im Zwielficht

VON CHRISTIAN FUCHS

Polizisten war nach Einschätzung von Experten eine Reaktion auf eine Fahndung der Polizei nach mutmaßlichen linken Straftätern bei den Gegenprotesten des G20-Gipfels in Hamburg.

Die ZEIT hat versucht, Kontakt zu allen Betroffenen aufzunehmen, die in den Drohbrieffen genannt werden, hat mit Polizisten gesprochen, mit Ermittlern bei Staatsanwaltschaft und Polizei sowie der Datenschutzbeauftragten des Landes Berlin. Die im Brief genannten Menschen scheinen eher willkürlich ausgewählt worden zu sein. Nur wenige der Personen leben im linken Zentrum in der Rigaer Straße, deren Bewohner die

dem Geheimtreffen Anfang des Jahres dabei war, »das sind so unterschiedliche linke Strömungen, dass die unter normalen Umständen niemals miteinander gesprochen hätten.« Im Brief wird hingegen insinuiert, diese Personen bildeten eine straff organisierte linksradikale Gruppe. Das trifft nicht zu. Nach ZEIT-Recherchen sind zahlreiche der verunglimpften Personen aktuell nicht in der linken Szene aktiv. Unter ihnen sind Informatiker, Lehrerinnen, Sozialarbeiter, Fotografinnen, zwei Journalisten, ein Gewerkschaftssekretär, ein Mitarbeiter eines Politikers, ein SPD-Mitglied sowie ein Hilfsarbeiter.

Alle genannten Namen und die konkreten Informationen über die Personen seien auf dem aktuellen Stand, sagen die Betroffenen. Sogar ein wegen einer Hochzeit kürzlich geänderter Nachname sowie die neue Anschrift eines linken Zentrums seien berücksichtigt worden.

Doch wer hat ein Interesse daran, mutmaßliche linke Aktivisten einzuschüchtern, keine weiteren Polizistenfotos mehr zu publizieren, »die für Familien und Unbescholtene folgenschwere Eingriffe bedeuten«, wie die Autoren der Drohbrieffe schreiben? Wer steckt dahinter? Und woher kommen die sensiblen Informationen über die Personen?

Laut internen Ermittlungen der Berliner Polizei stammen acht der verwendeten Fotos aus Polizeidatenbanken: fünf davon aus Ermittlungsakten und drei aus dem amtlichen Melderegister. Nach Auskunft der Betroffenen gegenüber der ZEIT wurde bei einigen für den Drohbrieff ihr offizielles Foto genutzt, das sie bei der Beantragung eines Ausweises oder Reisepasses bei den Behörden abgegeben hatten. In wenigen Fällen wurden auch Fotos von sogenannten erkennungsdienstlichen Behandlungen verwendet. Das sind Bilder, die nach einer Festnahme durch die Polizei von den Verdächtigen angefertigt werden. Beispielsweise wenn Menschen sich weigern, bei einer Demonstration eine Sitzblockade zu beenden, und weggetragen werden müssen.

All diese Fotos sind in der POLIKS-Datenbank der Berliner Polizei gespeichert. Die Informationen über Reiserouten, Besitz von Haustieren oder Krankheiten, die zu Verdächtigen gesammelt werden, werden dort registriert. Tausende Polizisten in der Hauptstadt haben darauf Zugriff, das bestätigen drei Polizisten unterschiedlicher Einheiten und Dienstgrade unabhängig voneinander. Bei jedem Abruf aus der Datenbank wird der Zugriff durch den jeweiligen Beamten protokolliert. Allein in dem kurzen Zeitraum von wenigen Tagen zwischen der Veröffentlichung der Polizistenfotos im Internet und dem Jahresende 2017 sind über 130 DIN-A4-Seiten Protokolle von Abrufen der POLIKS-Daten zu den Personen aus den Drohbrieffen angefallen, bestätigen Ermittler.

Angeblieh sind jedoch »sämtliche Zugriffe« auf diese Daten »dienstlich begründet«, teilt die Berliner Polizei mit. Welcher dienstliche Grund bestand, lässt die Behörde jedoch offen. Auch warum Beamte intime Informationen zu Personen abrufen, die zu diesem Zeitpunkt polizeilich nicht auffällig waren, bleibt unklar. Ein Zufall könnte sein, dass die Drohbrieffe in dem Berliner Briefzentrum der Post bearbeitet wurden, in dessen Einzugsbereich auch das zentrale Polizeipräsidium liegt. Das erkennt man am Poststempel auf dem Umschlag eines der Briefe, der der ZEIT ebenfalls vorliegt.

Der Historiker Jan Reuter sitzt an einem Frühlingsabend auf der Terrasse eines Neuköllner Cafés. Es ist noch recht frisch. Er trinkt Limo, ist sichtlich aufgeregt und raucht Kette. Jan Reuter ist nicht sein richtiger Name. Genauso wie alle anderen Betroffenen in diesem Fall hat er lange nachgedacht, ob er sich mit einem Journalisten treffen will. Viele haben Angst, durch einen Text wiedererkannt zu werden und sich gegenüber ihren Arbeitgebern und Familien rechtfertigen zu müssen, weil sie als Linksradikale gelten. Darum hat bisher auch noch kein Betroffener Anzeige erstattet. Dadurch würden ihre Identitäten öffentlich. Zu groß ist zudem die Angst vor der Polizei. Denn alle interviewten Betroffenen glauben, dass die Drohbrieffe von Polizisten versandt wurden oder zumindest die Informationen von Polizisten an andere weitergegeben wurden.

Stelle er sich öffentlich gegen die Polizei, hätte diese ihn erst recht auf dem Kieker, sagt Reuter und steckt sich noch eine Kippe an. In diesem Moment fährt ein Streifenwagen am Café vorbei. Reuter lacht. Die Situation sei absurd. Er wisse, er habe sich nichts vorzuwerfen. Aber wenn er schon so lange nicht mehr in der linken Szene aktiv ist, wie kommt sein Name dann in den Drohbrieff?

Die vergangenen Monate habe er häufig über diese Frage nachgedacht, sagt Reuter. »Mir kommt

vor allem eine Möglichkeit in den Sinn: Vor einigen Jahren hatte ich mal für ein paar Wochen eine Affäre mit einer Frau aus dem Haus in der Rigaer Straße 94. Reicht solch eine vage Verbindung aus, um in den Augen der Polizei als Linksextremist zu gelten? »Wenn die Person, mit der der Mann eine Beziehung hatte, beobachtet wurde, dann werden auch alle ihre Kontaktpersonen registriert und in die Akte aufgenommen«, sagt ein Polizei-Insider. Einige Empfänger des Drohbrieffs werden dauerhaft observiert, andere mussten nur einmal ihre Daten bei einer verdachtsunabhängigen Kontrolle im »Gefahrengebiet« angeben, und wieder andere, wie Jan Reuter, gelten wohl als »Kontaktpersonen« zu Sympathisanten des Hauses in der Rigaer Straße – obwohl die kurze Affäre schon einige Jahre zurückliegt. Anscheinend sind aber genau diese Informationen noch immer in den Polizeidatenbanken gespeichert und tauchten jetzt in den Erpresserscheiben wieder auf.

Ist es tatsächlich vorstellbar, dass Polizisten hinter den Drohbrieffen stecken? »Ja, inzwischen ist das leider vorstellbar«, sagt ein hochrangiger Berliner Polizist. Schon mehrmals seien in den vergangenen Jahren Infos von Beamten an Rocker, arabische Clans oder Rechte durchgesteckt worden, sagt der Insider: entweder aus innerer Überzeugung oder für Geld. Nur selten wird dies öffentlich. Wie vor zwei Jahren, als Ausschnitte aus Ermittlungsakten der Berliner Polizei im rechtsextremen Blog *Halle Leaks* auftauchten. Die Hetzseite veröffentlichte Namen und Adressen von Besuchern und Bewohnern des linken Hausprojekts in der Rigaer Straße 94. Damals ermittelte die Polizei auch in den eigenen Reihen, ob eventuell Beamte die Daten geleakt haben könnten. Die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen später ein, die Täter wurden nie gefunden.

Die Datenschutzbeauftragte ist sauer und stellt Strafantrag gegen unbekannt

Die aktuellen Drohbrieffe sind von einer anderen Dimension. Berlins oberste Datenschützerin Maja Smolczyk sagt: »Ich erwarte von der Polizei, dass sie genauso intensiv ermittelt, wie sie das in anderen Fällen auch tun würde – selbst wenn in diesem Fall eigene Leute involviert sein könnten.« Trotz der Tragweite dieses Datenleaks ist in den vergangenen Monaten wenig passiert: Zwar übernahm nach Auftauchen der Drohbrieffe eine Ermittlergruppe des Dezernats für »Polizeidelikte« im Landeskriminalamt (LKA) den Fall. Doch anscheinend ermitteln die Polizisten nicht auf Grundlage aller Fakten. So wussten die Ermittler nach Wochen noch nicht, dass die Passbilder in den Originaldrohbrieffen bunt ausgedruckt waren. Gegenüber der Datenschutzbeauftragten und dem Berliner Innensenator als Aufsichtsbehörden teilte das LKA nämlich mit, dass die Schwarz-Weiß-Fotos in den Briefen aus Ermittlungsakten stammen könnten. Schwarz-Weiß-Kopien dieser Dokumente liegen manchmal auch Rechtsanwältinnen vor.

Der Berliner Innensenator Andreas Geisel drängt auf Aufklärung der Vorwürfe. Und auch die Datenschutzbeauftragte Smolczyk begann, wegen eines mutmaßlichen Verstoßes gegen das Datenschutzgesetz zu ermitteln. Nur schleppend gab die Polizei die angeforderten Informationen heraus. Mitarbeiter der Datenschutzbehörde sind verärgert, dass diese Akten nicht vollständig waren und sich die Polizei weigert, auf bestimmte Fragen überhaupt zu antworten. Darum stellte die Datenschutzbeauftragte jetzt Strafantrag gegen unbekannt an den Polizeipräsidenten von Berlin. Die Polizei hat die internen Ermittlungen daraufhin abgegeben.

Jetzt hat die Staatsanwaltschaft Berlin den Fall übernommen. Weder die Staatsanwaltschaft noch die Polizei will sich gegenüber der ZEIT äußern. Die illegale Weitergabe personenbezogener Daten wird mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft.

Mitarbeit: Kai Biermann

ANZEIGE

VERKLÄRT, VERDAMMT, VERKANNT

Kein anderer wurde mit so furchtbaren Folgen fehlinterpretiert, kein anderer so oft und so vergeblich totgesagt wie Karl Marx. Wie hat er auf die Welt geblickt, in der er lebte? Auf die Revolution der Arbeit im 19. Jahrhundert und die Entstehung der Industriegesellschaft in Europa? ZEIT GESCHICHTE erzählt von dem großen Denker und seinem Zeitalter.

JETZT NEU
AM KIOSK!

ZEIT GESCHICHTE-Vorteilskarte

Ja, ich möchte ZEIT GESCHICHTE gratis testen!

Schicken Sie mir eine Ausgabe ZEIT GESCHICHTE gratis frei Haus. Wenn mir das Magazin gefällt, brauche ich danach nichts weiter zu tun. Ich beziehe dieses dann für ein Jahr für 22,- € pro Ausgabe und spare über 10% gegenüber dem Einzelkauf. Angebot nur in Deutschland gültig. Auslandspreise auf Anfrage. Diese Bestellung kann binnen 14 Tagen ab Erhalt der 1. Ausgabe ohne Angabe von Gründen formlos widerrufen werden. Mein Abonnement ist auch danach jederzeit kündbar. Ausführliche Informationen zum Widerrufsrecht unter www.zeit.de/wr. Ihre Daten sind nach der Datenschutzgrundverordnung geschützt und werden nach deren Richtlinien verarbeitet. Ausführliche Informationen hierzu unter zeit.de/dsgvo. Anbieter: Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20095 Hamburg, Bellefleur, Betreuung und Inkasso durch DPV Deutscher Pressevertrieb GmbH, 20444 Hamburg. Bestellnr. 1760805

Anrede/Vorname/Name _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Ja, ich möchte von weiteren Vorteilen profitieren. Ich bin daher einverstanden, dass mich DIE ZEIT/ZEIT ONLINE per Post, Telefon oder E-Mail über interessante Medien-Angebote und kostenlose Veranstaltungen informiert (diese Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen).

X
Datum _____ Unterschrift _____

ZEIT GESCHICHTE, Leser-Service, 20080 Hamburg
040/42237070 • 040/42237090
abo@zeit.de • www.zeit.de/zg-gratis

* Bitte Bestellnummer angeben
 ZEIT GESCHICHTE wird herausgegeben vom Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Hamburg

ZEIT Geschichte